

Keine Deals mit Völkermördern!

Die EU ist China viel zu weit entgegengekommen. Ausgerechnet Deutschland denkt mehr an Autos als an Menschenrechte.

Ein schwer gesicherter Komplex ausserhalb der Stadt Hotan in der chinesischen Region Xinjiang, der wahrscheinlich ein Umerziehungslager ist.

AARON RHODES ist Menschenrechtsaktivist und Präsident der NGO Forum for Religious Freedom Europe.

JIANLI YANG überlebte als Student das Tiananmen-Massaker und war politischer Gefangener in China. Er lebt in den USA.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China befinden sich im freien Fall. Nachdem die EU vier chinesische Amtsträger wegen deren Mitverantwortung an der Internierung von Uiguren in der Region Xinjiang mit Sanktionen belegt hatte, schlug die chinesische Regierung zurück. Sie verhängte ihrerseits Sanktionen gegen europäische Einrichtungen, unter anderem gegen das unabhängige Mercator Institute for China Studies (Merics) in Berlin, angeblich, weil es China bezüglich der dortigen Menschenrechtslage "diffamiere". Europaparlamentarier und China-Experten, die auf die massenhaften Menschenrechtsverletzungen durch die Kommunistische Partei hinweisen, wurden ebenfalls mit Reiseverboten belegt und in Internet-Kampagnen durch den Schmutz gezogen.

Es ist nicht nur der unverfrorene Versuch, Tatsachen zu manipulieren, die den Bürgern und Politikern Europas längst bewusst sind. Das eigentliche Ziel dieser Angriffe sind die politischen und moralischen Grundprinzipien der EU. Peking nimmt demokratisch gewählte Politiker und Wissenschaftler ins Visier, die ihre Freiheiten nutzen – ebenjene Freiheiten, zu deren Schutz die EU da ist.

Damit zeigt sich, was für ein gewaltiger Fehler das Investitionsabkommen ist, das die EU – massgeblich auf deutsches Betreiben hin – mit China ausgehandelt hat. Es darf auf keinen Fall in Kraft treten.

Das Comprehensive Agreement on Investment (CAI) mag für Unternehmen aus Deutschland und anderen europäischen Ländern ein Segen sein, aber für die Bemühungen, Chinas Expansionsdrang und seinen Menschenrechtsverletzungen einen Riegel vorzuschieben, ist es ein Fluch – und es schadet Deutschlands Ansehen bei anderen westlichen Demokratien.

Denn nach weitverbreiteter – und sicher nicht ganz falscher – Auffassung ist es Deutschlands Automobilindustrie, die das Sagen hat, wenn es um die China-Politik der EU geht. Rund um den Globus sind viele Menschen verwirrt, warum eine deutsche Regierung, die so sehr **bemüht ist, sich von den Schrecken der Nazi-Vergangenheit zu distanzieren, scheinbar so wenig an Konzentrationslagern in China auszusetzen hat und warum sie so sehr daran interessiert ist, einen im Grunde faschistischen Staat als Partner zu gewinnen.**

Unterschriftsreif wurde das Abkommen am 30. Dezember 2020, gerade noch rechtzeitig vor Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Vorangegangen waren 35 Verhandlungsrunden über einen Zeitraum von sieben Jahren.

Im November 2020 zeigte sich die chinesische Seite plötzlich offen für Zugeständnisse; offensichtlich, weil sie darauf hoffte, zu einem Abschluss zu gelangen, solange Deutschland noch die Ratspräsidentschaft innehatte und bevor andere EU-Staaten darauf drängen könnten, sich zunächst mit der neuen US-Regierung von Joe Biden auf eine gemeinsame

Keine Deals mit Völkermördern!

Strategie gegenüber China zu verständigen. Washington hatte die EU gebeten, auf die Bremse zu steigen. Das geschah nicht. Ausser mit Frankreich fand mit den anderen EU-Mitgliedern nur ein Mindestmass an Konsultationen statt, **Menschenrechtsbedenken wurden beiseite gefegt.**

Dabei hatte das Europäische Parlament im Dezember 2020 mit 604 zu 20 Stimmen einen **"Entschliessungsantrag zu Zwangsarbeit und der Lage der Uiguren im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang" verabschiedet.** Die Parlamentarier forderten, das Investitionsabkommen solle "angemessene Zusagen enthalten, dass internationale Konventionen gegen Zwangsarbeit eingehalten werden". Dennoch preschten EU und Chinesen weiter voran, getrieben vom persönlichen Einsatz von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Chinas Staatschef Xi Jinping.

Das Abkommen werde "Europas Investoren beispiellosen Zugang zum chinesischen Markt bescheren", schwärmte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Richtig ist: Künftig werden europäische Investoren für Geschäfte in China keine chinesischen Partner mehr benötigen. Bislang mussten diese, so wollte es Peking, einen Kontrollanteil am Gemeinschaftsunternehmen halten. **Diese Beteiligungen nutzt China häufig dazu, Schlüsseltechnologien und Geschäftsgeheimnisse zu stehlen.** Wenn Investoren beschliessen, China zu verlassen, müssen sie künftig auch nicht mehr ihre Technologien und ihre Einrichtungen zurücklassen.

Einigen europäischen Unternehmen und deren Aktionären eröffnen sich durch das CAI also wichtige Vorteile, und die Unternehmensgewinne werden, auf die eine oder andere Weise auch der Öffentlichkeit zugutekommen. Aber wird diese Vereinbarung für die Europäer auch auf lange Sicht von Vorteil sein? Rein ökonomisch verstärkt sie Europas Abhängigkeit vom chinesischen Markt noch weiter – und das zu einem Zeitpunkt, an dem die Bedenken wegen Chinas offenkundig hegemonialen Ambitionen zunehmen. **Der wahre geopolitische Gewinner ist China, dem es gelungen ist, ein konzertiertes Vorgehen von EU und USA zu verhindern.**

Der Deal zeigt, dass es Europas Führung an einer klaren aussenpolitischen und moralischen Orientierung mangelt und dass sie hinter ihren eigenen Erkenntnissen hinterherhinkt. Im März 2019 definierte die EU ihre Beziehung zu China neu. Während bis dahin die Illusion vorgeherrschte hatte, dass es sich bei China um einen Partner handelt, bewertete der Europäische Rat China nunmehr als "systemischen Rivalen". Doch das wurde nicht von allen EU-Mitgliedern verinnerlicht. **Kanzlerin Merkel** hat der Idee der systemischen Rivalität öffentlich ohnehin nie viel Sympathie entgegengebracht. **Sie scheint unfähig zu sein, die unangenehme Wahrheit anzuerkennen.**

Schlimmer noch: Europas Führung ist entweder schwer naiv oder moralisch völlig abgestumpft gegenüber einer der weltweit schlimmsten Menschenrechtskatastrophen der Gegenwart. Während Juristen und die US-Regierung zu dem Schluss gelangen, dass es sich bei Chinas Umgang mit den Uiguren und anderen Muslimen um Völkermord handelt, schliesst die EU einen weitreichenden Deal mit China.

Von den Regelungen, die er zur in China weitverbreiteten Zwangsarbeit enthält, sollte sich niemand täuschen lassen. Der EU zufolge wird das Abkommen "eine nachhaltige Entwicklung fördern, die die Wahrung grundlegender Arbeitnehmerrechte einschliesst".

Keine Deals mit Völkermördern!

Ja, natürlich wird man mit chinesischen Regierungsstellen einen "Dialog" über deren menschenrechtsverachtende Gräueltaten führen – und dabei dem längst diskreditierten Merkel-Mantra "Wandel durch Handel" folgen. Was die Versprechen der Kommunistischen Partei Chinas wert sind, wissen wir inzwischen zur Genüge. Jakup Janda vom Prager European Values Center for Security Policy hat es auf den Punkt gebracht: "Wenn man das Thema Menschenrechte ausschliesslich über den Kanal für Menschenrechtsdialoge zwischen EU und China anspricht und den Chinesen sagt: 'Was ihr in Xinjiang mit den Uiguren treibt, ist Völkermord', erhält man als Antwort: 'Nein, ist es nicht.' Und das war's dann."

Am besten liesse sich die Situation retten, wenn das Europäische Parlament der Ratifizierung des Abkommens seine Zustimmung verweigern würde. Die entsprechende Abstimmung soll Anfang nächsten Jahres stattfinden. Die Bürger Europas haben also reichlich Zeit, mobilzumachen und ihren Volksvertretern zu verdeutlichen, dass es nicht ausreicht, sich über Chinas Menschenrechtsverachtung zu beschweren. Sicher, das Abkommen zu beerdigen würde bedeuten, dass europäische Firmen weiterhin unter unfairen Bedingungen leiden würden, die China ihnen aufzwingt. Aber dem Drohpotenzial Chinas gegenüber Europa würden auch Grenzen gesetzt – und für dieses Ziel sollten Investoren bereit sein, Opfer zu bringen.

Kommentare:

"Europas Führung ist entweder schwer naiv oder moralisch völlig abgestumpft" Vielleicht sogar beides.

Eher ist es die Devise: Das Einzige, was zählt ist der Mammon. Wenn wir gute Geschäfte machen können, ist alles gut. Diskussionen um Menschenrechte, systematische Verfolgung und Folter von Regierungs-Kritikern, Massengefängnisse, "Umerziehung" (das sind Straflager) und einfach Wegsperrungen ohne zeitliche Begrenzung, stören da nur.

China ist unter den grossen Ländern das brutalste und niederträchtigste und tritt das Menschenrecht generalstabsmässig mit Füßen:

Wer die Regierung kritisiert, gar Opposition sein will, dem geht es dreckig: Prügel, Sippenhaft, Gefängnis ohne Gericht und Urteile, Dahinsiechen in einem chinesischen Kerker, einschliesslich täglicher Zwangspropaganda.

Die bekannte "chinesische Lösung" setzt sich ja weltweit fort: Mit Maschinenpistolen und Panzern gegen das eigene Volk.

Es ist eine Schande, dass "der Westen" nicht das geringste Interesse daran zeigt, seine wirtschaftlichen Interessen etwas zu zügeln und dafür die Menschenrechte einzufordern. China ist das nur recht. Die machen einfach weiter so.

Früher waren die Pseudokommunisten ehrlicher, da hiess das noch Umerziehungslager. Heute heisst es euphemistisch "Fortbildungslager".

<https://www.bpb.de/internati...>

Die Antwort ist leicht zu finden, wenn man möchte.

<https://usaerklaert.wordpress...>

Keine Deals mit Völkermördern!

Mit dem grossen Sprung, dem terrorisieren der eigenen Bevölkerung unter Mao durch aufgehetzte Jugendliche, durch die Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des himmlischen Friedens und sonstigen zahlreichen Verbrechen hat die KP den Tod von zig Millionen Menschen zu verantworten,, da es aber mittlerweile fast schon Tradition ist das unsere "Kritiker" des Westens sich mit sämtlichen Diktatoren und Autokraten mit den ewiggleichen Argumenten solidarisieren, war es von daher nur eine Frage der Zeit bis diese sich an die Seite der KP stolpern und Massenmörder wie die KP zum Opfer basteln

Kurz gefragt, warum sollen uns Menschenrecht ausgerechnet bei China interessieren, wenn sie uns bei den USA, Saudi-Arabien etc. auch nicht interessieren? Sind Menschenrechte eine Kategorie in denen die Machthaber dieser Welt denken?

Als ob ob es in der neoliberal-kapitalistischen Weltreligion jemals um Menschen gegangen wäre. da geht es immer und ausschliesslich um Profit für die Reichen und Superreichen, egal wer oder was dabei auf der Strecke bleibt, Menschen, Umwelt Klima oder der ganze Planet.

Geld regiert die Welt, Menschenrechte sind da doch zweitrangig. Moral und Menschenrechte werden nur eingefordert wenn es passt.

Letztendlich hängt doch unsere Wirtschaft davon ab, da spielen ein paar Uiguren oder auch Kurden keine grosse Rolle, auch Frauenrechte wie sie jetzt in der Türkei beschnitten werden sind egal (hier ja eigentlich auch wenn man an die Bezahlung denkt).

Aber wir können uns immer noch glaubhaft als christlich geprägt definieren, immerhin haben wir uns ja ganz gross gemacht als es um Flüchtlinge ging, die vermutlich vor den Bomben geflohen sind die wir in deren Region verkauft haben.

In der EU und in den USA sind Industrie, Wirtschaft und Banken zwar auch nicht ganz unabhängig von staatlicher Politik, aber sie sind den Regierungen im Unterschied zu China nicht weisungsgebunden. In China sind alle Kräfte durch die KP koordiniert und kontrolliert. Militärisch und politisch kann die EU nicht (mehr) gegen China bestehen. Die Chance wurde in den letzten 30 Jahren seit 1989 verspielt. Lediglich wirtschaftlich kann man China noch für eine kurze Zeit Paroli bieten. Und wenn unsere Autoindustrie hier wieder nur den Markt in China sieht, dann dürfte dies auch schnell vorbei sein.

Wir können uns vermutlich nicht mal im Ansatz vorstellen, wie grausam dieser Völkermord ist: <https://www.bbc.com/news/wor...>

Wie man da noch weiter Geschäfte mit China machen kann, ist mir schleierhaft.

Als Verbraucher kann ich immerhin chinesische Produkte und Made in China boykottieren.